

# Finanzen, Steuern und Abgaben



---

# Mehr dem Mittelstand, weniger dem Staat

**D**er Staat wächst und wächst. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt. Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr Aufgaben. Da in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand. Diese Dynamik ist endlich zu brechen, denn von einem gesunden Mittelstand hängt der Wohlstand des ganzen Landes ab. Jeder Franken, der ausgegeben wird, muss zuerst erarbeitet werden.

Carmen Lüthy  
Fachfrau Finanz- und Rechnungswesen



“Viele Schweizer Familien müssen wegen der hohen Steuern und Abgaben jeden Franken zweimal umdrehen. Gleichzeitig versickern über die Entwicklungshilfe 3 Milliarden Franken im Ausland. Das ist ungerecht.”

### **Stopp den immer mehr ansteigenden, exzessiven Ausgaben**

Trotz positiver Rechnungsabschlüsse befinden sich die Bundesfinanzen, befeuert durch eine expansive Ausgabenpolitik, in einer schlechten Verfassung. Wurden 1990 noch gut 32 Milliarden Franken ausgegeben, waren es 2017 68 Milliarden Franken. Das entspricht mehr als einer Verdoppelung. 2021 möchte der Bundesrat gemäss Finanzplan 77 Milliarden Franken ausgeben. In den letzten Jahren hat der Bund seine Ausgaben Jahr für Jahr um etwas mehr als drei Prozent erhöht. Dies bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von rund 2%.

### **Krass ungleiche Behandlung zwischen den Ausgabenbereichen**

Während bei Landwirtschaft und Armee seit Jahren eingespart wird, wachsen andere Bereiche ungebrems. Mit Abstand den grössten Ausgabenposten bildet die soziale Wohlfahrt. Sie beansprucht heute über einen Drittel der gesamten Bundesausgaben. Entgegen dem linken Mantra, in der Schweiz werde «Sozialabbau» betrieben und der Staat «kaputtgespart», floriert die Sozialbranche geradezu. Die Bundesausgaben für die soziale Wohlfahrt stiegen allein seit Beginn dieses Jahrtausends von 14 Milliarden Franken (2000) auf 23 Milliarden Franken (Budget 2019), wurden also um mehr als die Hälfte erhöht. Allein für die soziale Wohlfahrt wird somit mehr Geld ausgegeben als für Bildung, Verkehr und Landesverteidigung zusammen.

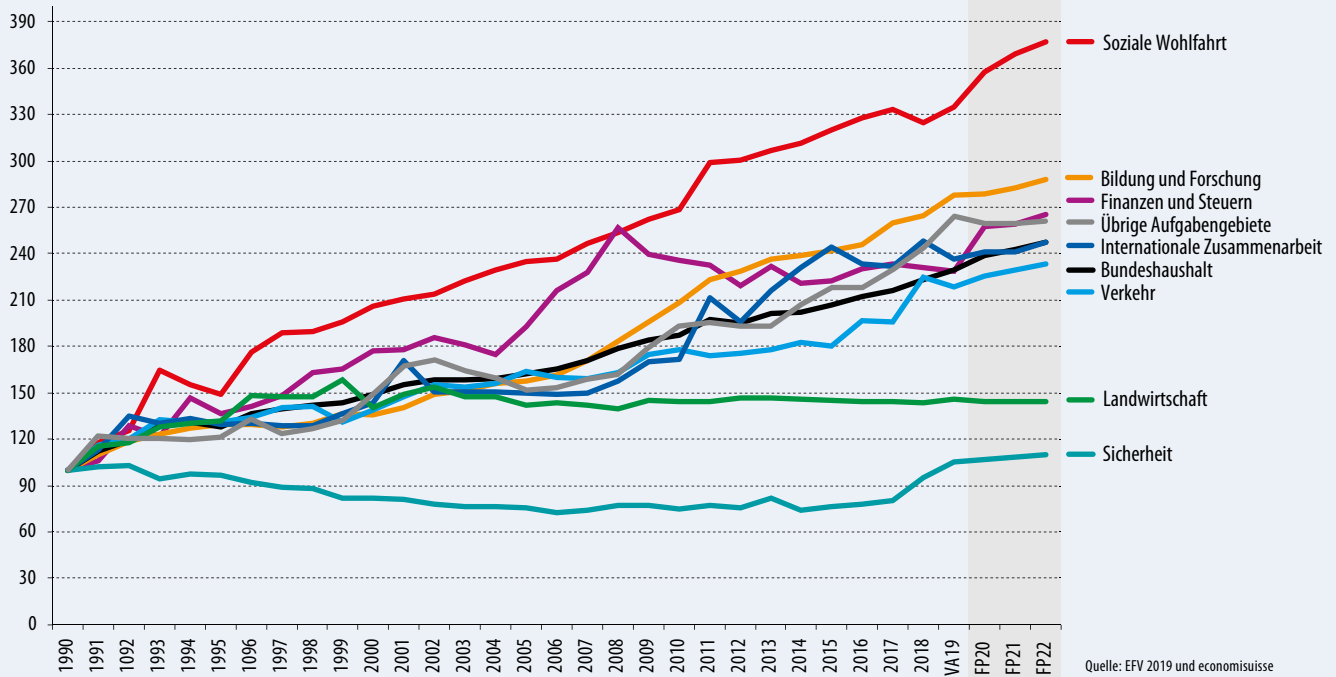
### **Die Verwaltung wächst auf unsere Kosten**

Auch die Bundesverwaltung ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,5 Milliarden Franken lag, betrug er im 2017 bereits 5,9 Milliarden Franken, stieg also in nur zehn Jahren um über zwanzig Prozent. Ein beachtlicher Anteil dieses Wachstums geht auf neue Stellen und auf Funktionswechsel zurück. Insgesamt arbeiten beim Bund 2017 bereits 36'946 Personen, 2007 waren es noch rund 32'000.

### **Stopp dem Bussenterror**

Neben Steuern, Abgaben und Gebühren, welche in den vergangenen Jahren von Bund, Kantonen und Gemeinden erhöht wurden (z.B. CO<sub>2</sub>-Abgaben, Solidaritätsprozent ALV, Abfall- und Abwassergebühren usw.) schantzt sich die öffentliche Hand immer mehr Mittel über Bussen zu. Viele Kantone und Gemeinden haben ihre Einnahmen daraus in den vergangenen Jahren unauffällig, aber stetig erhöht. Bussen und Gebühren erhalten immer mehr fiskalischen Charakter. Die Wirkung als Strafe oder zur Erhöhung der Sicherheit, tritt in den Hintergrund. Der Mechanismus bei den Bussen ist klar: Dank mehr Busseneinnahmen können die Behörden verhältnismässig einfach auf das Geld der Bürger zugreifen, wogegen die Steuern nur mit Zustimmung des Volks erhöht werden können.

## Ungesunde Entwicklung der Ausgaben beim Bundeshaushalt



### **Damit mehr zum Leben bleibt**

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir fast die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Nur mit einer deutlichen Entlastung durch Senkung der Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die SVP bekämpft deshalb alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert im Gegenteil steuerliche Entlastungen. Auslegungsfragen sind zugunsten der steuer- und abgabepflichtigen Bevölkerung und Unternehmen zu regeln.

### **Schlanker Staat**

Die SVP macht sich stark für einen kostengünstigen, schlanken Staat. Aus Sicht der SVP ist dabei zentral, dass der Hebel auf der Ausgabenseite angesetzt wird. Es darf nicht sein, dass immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um ständig neue Staatsaufgaben zu finanzieren. Akuten Handlungsbedarf sieht die SVP insbesondere bei den explodierenden Ausgaben für die soziale Wohlfahrt, für die inzwischen jeder dritte Bundesfranken aufgewendet wird. Hier sind strukturelle Massnahmen zur Sicherung unserer sozialen Errungenschaften zwingend. Einen weiteren Ausbau darf es nicht geben. Ebenso sind die massiv steigenden Ausgaben für die Ausland- und Entwicklungshilfe von jährlich über 3 Milliarden Franken zu beschränken.

### **Steuerwettbewerb erhalten**

Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden. Nur so kann Wettbewerb stattfinden, und nur so sind bequem gewordene Behörden gezwungen, ihre Steuerpolitik zugunsten der Bürger statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Dem Druck aus dem Ausland auf das schweizerische Steuersystem ist zu widerstehen. International vorteilhafte steuerliche Sonderregelungen sind nur anzupassen, wenn sie durch steuerliche Erleichterungen in anderen Bereichen kompensiert werden. Die SVP setzt sich für einen konkurrenzfähigen Steuerstandort Schweiz für alle Unternehmen ein.

### **Fairer nationaler Finanzausgleich**

Im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) werden mit dem Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich Finanzmittel vom Bund zu den Kantonen und zwischen den ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen umverteilt. Aus Sicht der SVP muss der Finanz- und Lastenausgleich angemessen und fair sein, damit die Unterschiede zwischen den Kantonen effizient verringert und übermässige finanzielle Lasten aufgrund ihrer strukturellen Bedingungen ausgeglichen werden können. Dafür braucht es eine Obergrenze beim NFA und positive Anreize für Nehmerkantone, ihre Finanzkraft zu verbessern. Die sogenannte «Solidarhaftung», die sowohl haushälterische Geber- wie Nehmerkantone bestraft, ist aufzuheben.

## Standpunkte

### Die SVP ...

- setzt sich ein für tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren für alle und lehnt jegliche neuen ab;
- will die Entwicklungshilfeausgaben um mindestens eine Milliarde Franken senken und den Betrag in die AHV verschieben;
- kämpft dafür, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, und dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt;
- lehnt jede Aufweichung der Schuldenbremse ab. Budgetüberschüsse müssen weiterhin vollumfänglich für den Schuldenabbau verwendet werden;
- verlangt regelmässige und umfassende Aufgabenüberprüfungen, mit denen überflüssige Verwaltungsaufgaben und -einheiten reduziert werden können;
- fordert die Reduktion des Bundespersonals auf den Stand 2015 und eine massive Senkung des finanziellen Personalaufwands in der Zentralverwaltung (Stäbe, Kommunikation, Berater etc.);
- fordert zusätzliche Entlastungsprogramme, die das rasante Ausgabenwachstum beim Bund bremsen;
- setzt sich für eine Reduktion der gebundenen Ausgaben ein;
- setzt sich für ein Finanzreferendum ein, damit das Volk bei Finanzausgaben das letzte Wort hat;
- verlangt, dass der Staat nicht schneller wächst als die Wirtschaft;
- verlangt eine international konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung;
- ist gegen jede Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- fordert die Abschaffung der Heiratsstrafe, welche verheiratete Paare steuerlich benachteiligt;
- fordert, dass Bussen nicht als bequeme Einnahmequelle für die Staatskasse missbraucht werden;
- setzt sich für den Erhalt des bewährten Schweizer Steuerföderalismus ein;
- verlangt eine Obergrenze beim NFA insgesamt und für die Geberkantone im Einzelnen;
- will die Solidarhaftung beim NFA abschaffen.

### + Vorteile

#### Das bringt mir:

- ✓ als Angestellter am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie und die Sicherung meines Arbeitsplatzes;
- ✓ als Konsument tiefere Preise;
- ✓ als Auto- und Motorradfahrer weniger Bussenterror und moderate Treibstoffpreise;
- ✓ als Unternehmer mehr Geld für Investitionen in die Zukunft.